

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-007362/2011  
an die Kommission**

Artikel 117 der Geschäftsordnung

**Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), Bogusław Sonik (PPE), Angelika Niebler (PPE), Phil Prendergast (S&D), Esther de Lange (PPE), Sophie Auconie (PPE) und Jarosław Leszek Wałęsa (PPE)**

Betrifft: EU-Politik im Bereich Neugeborenen-Gesundheitsfürsorge und Frühgeburten

Etwa jedes zehnte Kind in der EU ist eine Frühgeburt. Bei Frühgeburten besteht ein wesentlich größeres Risiko, dass das Kind langfristige Gesundheitsprobleme entwickelt wie beispielsweise zentrale Kinderlähmung, sensorische und motorische Behinderungen, Atemwegserkrankungen oder Lern- und Verhaltensstörungen. Solche Komplikationen sind nicht nur eine Belastung für die Familien; sie bringen auch umfangreiche Kosten für die Gesundheits- und Sozialhilfesysteme mit sich. Es liegen zwar keine EU-weit erhobenen vollständigen Daten zu Frühgeburten vor, doch liegen nach Angaben der auf diesem Gebiet tätigen NRO (EU Benchmarking Report 2009/2010 der European Foundation for the Care of Newborn Infants) Anhaltspunkte dafür vor, dass sich die Zahl der Frühgeburten in Europa in den vergangenen 10 Jahren erhöht hat. Diese Zunahme könnte mit externen Ursachen wie Stress, langen Arbeitszeiten oder fehlender sozialer Unterstützung in Zusammenhang stehen.

Trotz dieser besorgniserregenden Entwicklung hat die neo- und pränatale Gesundheitsfürsorge in den politischen Agenden der EU-Mitgliedstaaten weiterhin nur geringe Priorität, wobei zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten zudem große Unterschiede in der Qualität der Fürsorge bestehen. Auch die Kommission hat sich bisher nicht mit der Frage der Frühgeburten oder der Bedeutung, die der Sicherung einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsfürsorge für Neugeborene zukommt, beschäftigt. Anlass zur Sorge besteht auch, weil in der EU-Gesundheitsstrategie 2008-2013 keinerlei Maßnahmen der EU auf diesem Gebiet vorgesehen wurden.

Da die Belastungen für die Gesundheits- und Sozialsysteme der EU durch die Folgen von Frühgeburten in den nächsten Jahren nur zunehmen können, ist in Ergänzung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten ein rasches Handeln auf EU-Ebene geboten.

Vor diesem Hintergrund stellen sich folgende Fragen:

Hat die Kommission die Absicht, das Problem der Frühgeburten anzugehen, indem sie der Entwicklung einer Strategie Priorität einräumt, die die außerordentlich großen Unterschiede in der Gesundheitsfürsorge für Neugeborene in den einzelnen Mitgliedstaaten anpackt, etwa durch einen Vorschlag für gesamteuropäischer Standards oder Leitlinien zu diesem Thema?

Ist die Kommission bereit, das Problem der Frühgeburten in die Gesundheitsstrategie für den Zeitraum nach 2013 aufzunehmen?

Sieht die Kommission im mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 Mittel zur Finanzierung von Maßnahmen der EU im Bereich Frühgeburten vor? Wenn ja, welche Maßnahmen könnten ins Auge gefasst werden?